Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet Goldmark 0.50, für auswärts Goldmark 0.35, für das Ausland Goldmark 0.50. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet Goldmark 1.50, für auswärts Goldmark 2.00. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt Goldmark 0.10. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für die 5. Woche (26. 1. bis 1. 2.) bei freier Zustellung durch Boten 60 G.-Pfennig. Postbezug für Monat Januar 4.50 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 1 Goldmark, nach dem Auslande 1.25 Goldmark. Einzelnummer 15 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 24 — Dienstag, 29. Januar 1924 — XXXII. Jahrg.

Unterzeichnung des tschechisch-französischen Bündnisvertrags

Benesch als „ehrlicher Makler"

× Paris, 28. Januar. Der Außenpolitiker des „Petit Journal" sucht eine Verbindung zwischen dem französisch-tschechischen Allianzvertrag und der französisch-englischen Entente herzustellen. Er schreibt, wie man annehmen kann, nicht ohne Fühlungnahme mit den maßgebenden Stellen, Benesch habe sich bemüht, der neuen Regierung in England klarzumachen, daß England ohne Beunruhigung und ohne Proteste das neue Abkommen hinnehmen könne. Es werde erst dann zum Friedensinstrument, wenn es der Wiederannäherung Frankreichs und Englands diene und zur Wiederauffrischung einer wahrhaften Entente cordiale führe. Die neue Regierung, die in England zur Macht gelangt sei, habe sicher den Wunsch, sich mit Frankreich zu verständigen. Wenn sie da einen Erfolg erziele, wo die Regierungen andrer Parteien Schiffbruch erlitten, werde sie dem englischen Volk einen so großen Dienst leisten, daß sie mit einem Schlage das Höchstmaß an Bestand und Ansehen gewinnen werde. Wenn aber im Gegenteil im Laufe der nächsten Woche es offenbar werde, daß die Arbeiterpartei unfähig sei, mit Frankreich zu verhandeln, oder daß Frankreich unfähig sei, sich mit ihr zu verständigen, dann werde der endgültige Bruch unvermeidlich. Dann würden in den drei politischen Parteien Englands die mißtrauischen und feindseligen Elemente einen Block gegen Frankreich bilden. Wenn diese ungünstige Stunde schlagen sollte, dann hätte der deutsche Nationalismus sein Ziel erreicht. Wenn aber ein französisch-englisches Abkommen möglich sei, dann werde ganz Europa, wie es aus dem Versailler Vertrag hervorgegangen sei, gefestigt und befriedet werden. Die einzige Kontinentalpolitik sei die, die England wieder auf den Kontinent zurückführe. Diese Politik wolle Benesch betreiben, und weil Frankreich sich mit seinem Lande verbunden habe, müsse diese Politik auch die Politik Frankreichs sein.

•

Beitritt Belgiens?

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie verlautet, soll Belgien geneigt sein, dem französisch-tschechischen Vertrag beizutreten.

Das Vertragsdokument

* Prag, 27. Januar

Der heute in Paris unterzeichnete Bündnisvertrag zwischen der Tschecho-Slowakei und Frankreich hat nach der von der „Bohemia" angefertigten Uebersetzung des vom tschecho-slowakischen Preßbureau herausgegebenen tschechischen Textes folgenden Wortlaut:

Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei

Die Regierung der französischen Republik und die Regierung der tschecho-slowakischen Republik,

fest stehend auf dem Grundsatz, die internationalen, durch den Völkerbundpakt feierlich bekräftigten Verbindlichkeiten zu respektieren;

ebenso bedacht, den Frieden zu bewahren, dessen Erhaltung für die politische Stabilität und die wirtschaftliche Besserung Europas notwendig ist;

entschlossen, zu diesem Zweck die Achtung für die internationale Rechts- und politische Ordnung, die durch die Friedensverträge festgesetzt wurde, die beide gemeinschaftlich unterschrieben haben, zu gewährleisten;

in der Meinung, daß für sie zur Durchsetzung dieses Zieles gegenseitige Garantien der Sicherheit gegen einen eventuellen Angriff und für den Schutz ihrer gemeinsamen Interessen unabweisbar sind;

haben zu ihren bevollmächtigten Vertretern bestimmt, und zwar:

Der Präsident der Französischen Republik: den Herrn Raymond Poincaré, Ministerpräsidenten.

Der Präsident der Tschecho-Slowakischen Republik: den Herrn Dr. Eduard Benesch, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten,

die, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht haben, die in guter und gehöriger Form befunden wurden, sich auf den folgenden Bestimmungen geeinigt haben:

Artikel 1

Die Regierungen der Französischen Republik und der Tschecho-Slowakischen Republik verpflichten sich, daß sie sich über die auswärtigen Fragen einigen werden, die imstande wären, ihre Sicherheit zu bedrohen, und die abträglich wären der Ordnung, die durch die Friedensverträge festgesetzt wurde, deren Signatare die eine und die andre Regierung sind.

Artikel 2

Die hohen Vertragsparteien einigen sich auf geeignete Maßnahmen zur Sicherung ihrer gemeinsamen Interessen für den Fall, daß diese bedroht werden würden.

Artikel 3

Die hohen Vertragsparteien, die vollständig einig sind über die Bedeutung, die die Grundsätze der politischen Ordnung, enthalten sowohl im Artikel 88 des Vertrages von St-Germain vom 10. September 1919 wie in den Genfer Protokollen vom 4. Oktober 1922, deren Signatare beide Regierungen sind, für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens haben,

verpflichten sich, daß sie sich über die Maßnahmen einigen, die für den Fall zu treffen sein werden, daß die Einhaltung dieser Grundsätze bedroht wäre.

Artikel 4

Die hohen Vertragsparteien, die insbesondere in Erwägung ziehen sowohl die Deklarationen der Botschafterkonferenz vom 8. Februar 1920 und vom 1. April 1921, nach denen sich ihre Politik auch weiterhin richten wird, als auch die Deklaration, welche am 10. November 1921 von der ungarischen Regierung den diplomatischen Vertretern der Verbündeten gemacht wurde,

verpflichten sich, daß sie sich für den Fall einigen, daß ihre Interessen durch die Nichteinhaltung der in diesen verschiedenen Deklarationen ausgesprochenen Grundsätze bedroht würden.

Artikel 5

Die hohen Vertragsparteien bestätigen, daß sie über die unbedingte Notwendigkeit vollständig einig sind, mit Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens einen gemeinsamen Standpunkt zu einem eventuellen Versuch, die Hohenzollern-Dynastie in Deutschland zu restaurieren, einzunehmen und verpflichtet sich, sich über die Maßnahmen zu einigen, die in einem solchen Falle zu treffen sein werden.

Artikel 6

In Uebereinstimmung mit den im Völkerbundabkommen ausgedrückten Grundsätzen verpflichten sich die hohen Vertragsparteien für den Fall, daß zwischen ihnen in Zukunft strittige Fragen entstehen würden, die nicht durch eine freundschaftliche Vereinbarung und im diplomatischen Weg gelöst werden könnten, diesen Streit entweder dem Ständigen internationalen Gerichtshof oder einem oder mehreren von ihnen gewählten Schiedsrichtern vorzulegen.

Artikel 7

Die hohen Vertragsparteien verpflichten sich, daß sie einander die ihre Politik in Mitteleuropa interessierenden Abkommen, die früher abgeschlossen wurden, bekanntgeben werden, und daß sie gegenseitig vorher miteinander Rat pflegen werden, bevor sie neue derartige Abkommen schließen.

Sie erklären, daß in dieser Beziehung nichts in diesem Vertrag den oben erwähnten Abkommen und insbesondere nicht dem Bündnisvertrag zwischen Frankreich und Polen, dem Abkommen oder den Regelungen, die von der tschecho-slowakischen mit der österreichischen Bundesrepublik, mit Rumänien, mit dem Königreich S. H. S. und gleichfalls keineswegs dem Abkommen, das durch den Notenaustausch vom 8. Februar 1921 zwischen der italienischen Regierung und der tschecho-slowakischen Regierung festgestellt wurde, widerspricht.

Artikel 8

Dieser Vertrag wird dem Völkerbund in Uebereinstimmung mit dem Artikel 18 des Paktes bekanntgegeben werden.

Dieser Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden sobald als möglich in Paris ausgetauscht werden.

Urkundlich dessen haben beide Bevollmächtigte den Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Gegeben zweifach in Paris, am 25. Januar 1924.

Dr. Eduard Benesch
Raymond Poincaré

Die italienisch-jugoslawische Vertrag unterzeichnet

+ Rom, 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Vorgestern fand hier die Unterzeichnung des italienisch-jugoslawischen Finmeabkommens statt.

Türkisch-österreichischer Vertrag

☽ Konstantinopel, 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die türkisch-österreichischen Besprechungen sind gestern zu einem Abschluß gekommen. Der Freundschaftsvertrag soll in Wälde unterzeichnet werden.

Bayer 205

Der Schlüssel zum tropischen Afrika in deutscher Hand

Der Friedensvertrag von Versailles hat Deutschland zu einem europäischen Festlandstaat mittlerer Größe gemacht. Er hat uns ausgeschaltet aus der Reihe der Welt- und Seemächte und uns aller unsrer überseeischen Besitzungen und Kolonien beraubt. Aber ein Friedensvertrag kann wohl das politische Ergebnis der Niederlage der einen und des Sieges einer andern Völkergruppe für den Augenblick auf dem Papier festhalten. Gegen die unabänderlich gegebenen Tatsachen der wirklichen Welt kann kein Stück Papier auf die Dauer ankämpfen; sie setzen sich durch und zerreißen schließlich jedes Papier und jeden Vertrag.

Die Künstlichkeit der im Vertrag von Versailles geschaffenen Verhältnisse stellt sich von Jahr zu Jahr, ja von Monat zu Monat mehr heraus, und durch diesen Vertrag dürfte die Landkarte Europas und die Verteilung der europäischen Machtverhältnisse kaum auf längere Zeit hinaus festgelegt werden, als dies bisher den übrigen Friedensverträgen der europäischen Geschichte gelungen ist.

Deutschland ist weder Polen noch die Tschecho-Slowakei. Deutschland kann auf die Dauer nicht in den Grenzen einer europäischen Macht mittleren Ranges festgehalten werden. Seine geographische Lage, die Tüchtigkeit seines Menschenmaterials, seine Geburtenziffer, seine Bodenschätze, seine hochentwickelte Industrie und Wirtschaft, das Organisationstalent seiner Bewohner — all das kann man wohl einmal im Sitzungssaal einer Friedenskonferenz ausschalten und übersehen, aus der Welt schafft man diese Tatsachen damit nicht.

Deutschland wird und Deutschland muß eines Tages neue Bahnen der Weltpolitik beschreiten. Der Friedensvertrag hat ihm für heute alle Machtmittel aus der Hand genommen, Deutschland wird den Kampf um neue Weltgeltung infolgedessen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit den Waffen des Geistes führen müssen. Auf diesem Gebiete kann deutsche Wissenschaft im Bunde mit deutscher Technik und deutscher Organisationsgabe noch Ungeheures vollbringen. Deutschland hat heute bereits eine günstige Stellung in dem neuen Kampf um die Weltgeltung erreicht.

Kürzlich stellten die „Times" in einem beachtenswerten Aufsatz fest, daß der Schlüssel zum tropischen Afrika nicht in der Hand der großen französischen und englischen Kolonialmächte liege, sondern in der Hand des kleinen, bedrückten, von seinen Feinden ausgebeuteten Deutschen Reiches.

In der „Kolonialwarte" veröffentlicht Regierungsrat Hans Jache in dieser Frage folgendes:

Afrika hat nur eine Volksdichte von sechs Köpfen auf den Quadratkilometer. Die Folge davon ist, daß weite Strecken herrlichster Produktionsgebiete brach liegen, und daß alsbald, nachdem der Europäer begonnen hatte, Eisenbahnen vorzustrecken und Plantagen anzulegen, eine beängstigende Arbeiterfrage sich geltend machte. Es ist keine Frage, daß statt der Hunderte von Millionen Hunderte von Milliarden hätten produziert werden können, wenn uns und den andern Kolonialvölkern die genügenden Heere farbiger Arbeiter zur Verfügung gestanden hätten. Die Ursachen für die geringe Dichtigkeit der Bevölkerung sind mancherlei Art. Aber die wichtigste ist die Tsetsekrankheit der Hustiere. Das Fehlen der Hustiere — Zugochsen, Pferde, Maultiere — machte es den Eingeborenen unmöglich, ihre Erzeugnisse anders als auf den Köpfen der menschlichen Träger an die Küsten, also an den Weltmarkt zu bringen, erschwerte den Europäern bis zur Unmöglichkeit das Eindringen ins Innere, brachte damit die Erschließung des Landes um Jahrhunderte zurück und führte zu dem Unwesen der Trägerkarawanen mit allen seinen Folgen, die auf die Volkswirtschaft so unglücklich wirkten.

Aber der Wegfall eines geeigneten Zugtieres hat weitergehende Folgen: kein Pflug konnte mehr benutzt werden, und so verharrte Afrika auf dem Standpunkt der Hackkultur. Es fehlt an Dünger, den Boden ertragreich zu machen, infolgedessen ist der Neger gezwungen, immer neue Bodenzonen vorzunehmen; er bleibt Halbnomade, und an die Stelle der gerodeten Wälder tritt Busch und Trockenwald. Da keine Rinderhaltung möglich ist, fehlt es an Fleischnahrung und an Milchnahrung für die Kinder. Die Mütter sind infolgedessen gezwungen, ihre Kinder drei und vier Jahre zu stillen, sie enthalten sich während dieser Zeit dem Manne, und so kommt die Volksvermehrung zum Stillstand. Die Möglichkeit, Rinder zu halten, bedeutet also für die Bewohner des tropischen Afrikas den Aufstieg zu einer ganz neuen Kultur.

Der Weg hierzu ist von der deutschen Wissenschaft durch das Präparat Bayer 205 eröffnet worden, das den Erreger der Schlafkrankheit im Körper des Wirtes abtötet und bei geringer synthetischer Aenderung denselben Erfolg im Tierkörper verspricht. Wenn es gar gelänge, nach ähnlicher Methode einen Schutz gegen die Küstenfieber des Rindes und gegen die Malaria des Menschen zu finden, wie es ja dem Hamburger Tropeninstitut in allerletzter Zeit gelang, ein Mittel gegen die tropische Dysenterie zu finden, so wären die Folgen gar nicht auszudenken. Die Tropen könnten den Bevölkerungsüberschuß Europas aufnehmen. Europäeransiedlungen würden sie bedecken. Aber selbst in seiner jetzigen Form ist Bayer 205 bereits der Schlüssel zum tropischen Afrika, wie die „Times" unlängst unumwunden zugegeben haben, und dieser ist in deutscher Hand. Nationale Pflicht und wirtschaftliche Klugheit gebieten, daß dieser Schlüssel in unsrer Hand bleibt. Wenn wir den Wert unsrer ehemaligen Schutzgebiete auf 70 Milliarden Goldmark berechnen, haben, so ist Bayer 205 ein Multiplikator von 10 oder auch 100. So ist ein gewaltiger Wert in unsre Hände gegeben, den es auszunutzen gilt. Deutschland muß durch die Schaffung geistiger Werte zu ersetzen suchen, was es an materiellen eingebüßt hat. Bayer 205 ist der erste Schritt auf dieser Bahn! Und darum verlangen wir von unsern Staatsmännern, daß sie dem Reiche die Erfindungen sichern, deren Wert so groß ist, daß von ihrer Preisgabe sehr wohl die Rückgabe der Kolonien abhängig gemacht werden kann.

Wir haben keine Veranlassung, durch die Preisgabe der von deutscher Wissenschaft gefundenen Mittel, die das tropische Afrika für europäische Siedlungen erschließen können, die Kolonialherrschaft Frankreichs oder Englands mit ausbauen zu helfen. Es kann niemand von uns verlangen, daß wir ein Mittel, wie „Bayer 205" oder etwa später auf der Grundlage dieses Präparates gewonnene neue Mittel der Welt preisgeben, solange wir die Lasten des Friedensvertrags von Versailles zu schleppen haben und französische Negertruppen am deutschen Rhein stehen.

Lenins Bestattung

Die Frage der Nachfolgerschaft noch ungelöst

× Moskau, 27. Januar. Am Sonntag nachmittag um 2 Uhr, zur Zeit der Bestattung Lenins, wurden gleichzeitig auf dem ganzen Territorium der Sowjetunion Gewehrsalven abgeschossen. Alle Fabriken und Betriebe salutierten mit ihren Sirenen, die Eisenbahn stand 5 Minuten still, der Telegraph und die Radiostationen unterbrachen ihre Arbeit für 5 Minuten und gaben überallhin die Worte wieder: „Lenin ist tot, aber sein Werk wird ewig leben." Das drahtlose Telephon spielte den Trauermarsch. Während der Beisetzungsfeier wurden auf allen Plätzen und Straßen in Hunderttausenden von Exemplaren Reden Lenins unentgeltlich verteilt, ebenso metallene Abzeichen, die Lenin, auf der Erdkugel stehend, als Redner zeigen. Die feierliche Trauersitzung des Rätekongresses faßte Beschlüsse zur bleibenden Erinnerung an Lenin. So wurde, wie wir schon berichteten, die Umbenennung Petrograds in Leningrad beschlossen. Ferner sollen in allen Großstädten Denkmäler Lenins errichtet, eine billige Volksausgabe der Werke Lenins in allen Sprachen herausgegeben und ein Unterstützungsfonds für verwahrloste Kinder errichtet werden. Eine Delegation der Arbeiterschaft machte der Regierung den Vorschlag, der Hauptstadt den Doppelnamen Moskau-Lenin zu geben.

Die Nachfolgerfrage ist bisher noch nicht entschieden. Stalin, Rykoff, Bucharin, Kamenew stehen im Vordergrund. Es ist aber möglich, daß der Premierposten durch ein Kollegium ersetzt wird.

Trauerfeier für Lenin in Berlin

× Berlin, 27. Januar. Unter starker Beteiligung fanden heute im Großen Schauspielhause und in zwei Festsälen Trauerfeiern für Lenin statt, die ohne Zwischenfall verliefen. Vor dem Großen Schauspielhause hatte sich eine große Menge meist jugendlicher Personen angesammelt, die den wiederholten Aufforderungen der Polizei zum Auseinandergehen keine Folge leisteten, so daß die Schutzpolizei zur Säuberung der Straße schreiten mußte. Drei Personen wurden zur Wache abgeführt.

Tschechisierung Nordböhmens

× Prag, 27. Januar. Laut „Prager Tageblatt" beabsichtigt das Bodenamt, im nächsten Jahre 15 000 bis 20 000 Hektar landwirtschaftlichen Bodens in Deutschböhmen zu parzellieren und dort tschechische Arbeiter anzusiedeln. Die deutsche nationale Partei hat in dieser Angelegenheit eine Interpellation an den Minister des Innern gerichtet.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240129/1